

Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens

Die nun mehrere Jahrzehnte währende neoliberale Dominanz hat deutliche Spuren in der Verfasstheit des Gemeinwesens und der öffentlichen Angelegenheiten, der *Res publicae*, hinterlassen. Ideologisch hat sich Thatchers Losung, wonach es keine Gesellschaften, sondern nur (noch) Individuen gebe, als Leitbild eines Individualismus egoistischer und isolierter Subjekte verankert. Diese Entwicklung ging in vielen Ländern Hand in Hand mit einer höchst realen Erosion des Gemeinwesens: der Privatisierung öffentlicher Dienste, Deregulierungen und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme.

Doch nicht erst mit der Finanzkrise 2008 dämmerte es auch jenseits der Linken immer mehr Menschen, dass diese neoliberale Zersetzung des Öffentlichen nicht nur soziale Verwerfungen nach sich zieht, sondern auch die Funktionsfähigkeit der modernen Gesellschaften und damit letztlich der Kapitalverwertung selbst in Frage stellt.

Wie präsentiert sich diese Gemengelage heute? Deregulierung, Privatisierung, Kommodifizierung und Liberalisierung ohne Grenzen? Hat der Neoliberalismus die Tendenz, die *Res Publicae* in einem Mass zu zersetzen, mit dem selbst die Macht des Kapitals untergraben wird, wie dies *Beat Ringger* in einer grundlegenden Analyse darlegt? *Res Publicae* wird dabei grundsätzlich nicht mit dem Staat als solchem gleichgesetzt, sowohl öffentliche Angelegenheiten als auch der Staat werden als Kampffelder begriffen.

Bernhard Walpen schaut sich die diesbezüglichen Konzepte neoliberaler und neokonservativer Strategen an und sieht von dieser Seite nichts, was der prognostizierten Entwicklung entgegenwirken könnte. Verschwinden also gar der Staat oder zumindest die öffentlichen Dienste, wie dies *Pit Wuhrer* am Beispiel der Privatisierungen öffentlicher Güter in Grossbritannien aufzeigt? Schafft der Neoliberalismus »die Demokratie ab«, wie es *Stefan Giger* mit Blick auf die Folgen der neuen Handelsverträge TISA, TTIP etc. diagnostiziert?

Von einem Rückzug des Staates im Rahmen der neoliberalen Dominanz könne allerdings überhaupt keine Rede sein, so die theoretisch an Poulantzas angelehnte Diagnose von *John Kannankulam*. Der Staat habe einen Formwandel vollzogen und ermögliche als autoritärer Staat überhaupt erst die neoliberale Mobilmachung. Auch *Bernhard Walpen* und *Beat Ringger* sehen staatliche Institutionen nicht in Auflösung be-

griffen. Allerdings verkämen sie im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Verwaltung, Kontroll- und Evaluierungsprämissen zu intransparenten Bürokratien, die – im Verbund mit der Bürokratisierung privater Institutionen – ihrerseits die Zersetzung des Demokratischen forcieren. *Stefanie Wöhl* und *Birgit Sauer* sehen darüberhinaus eine dramatische Zuspitzung dieser Erosion des Demokratischen infolge der Krisenpolitiken, wie sie innerhalb der EU seit 2007 durchgeführt werden.

Welche Kräfte und Tendenzen stehen diesem Zerfall der Demokratie, für den oftmals der Begriff Postdemokratie verwendet wird, entgegen? Auf welchen Bedingungen beruht ein freies Gemeinwesen, das mehr oder weniger für die Freiheit der Einzelnen Voraussetzung ist? Kann eine »Erneuerung des demokratische Prozesses« gelingen, wie ihn *Chantal Mouffe* in ihrer Kritik am Verschwinden einer sozialdemokratischen Systemalternative einfordert? Mehr Demokratie fordert auch *Pascal Zwicky*, der allerdings betont, das Leiden der Menschen dürfe nicht nur in traditionellen Kategorien sozialer Ungleichheit, sondern auch in den vielfachen Entfremdungserfahrungen erschöpfter Individuen thematisiert werden. Kann aber Demokratie überhaupt (noch) ein linkes Projekt sein, selbst wenn es in einem internationalistischen Kontext – etwa im Rahmen des von *Roland Herzog* vorgeschlagenen Konzepts der Föderalen Republik Europa – entwickelt würde?

David Salomon zeigt in seiner historischen Darstellung auf, dass Demokratie immer von einem Doppelcharakter gekennzeichnet war. Einerseits diene sie der Konsolidierung der bürgerlichen Klassenherrschaft, andererseits behielt sie das Momentum der Subversion in sich. Demokratiekritik war dabei stets Kritik des »uneingelösten Versprechens« einer bloss formal definierten Demokratie freier und gleicher Rechtssubjekte, so *Urs Marti-Brandner*.

Ohne eine inhaltliche Fundierung als wirtschaftliche und soziale Demokratie bleibe Demokratie stets unvollendet. Dieses strukturelle Defizit bildet den Kern einer Demokratiekritik, die letztlich auf eine Verwirklichung des Demokratieversprechens durch die Überwindung jener Schranken abzielt, die bestimmten Gruppen die volle Ausübung der Freiheits- und Mitbestimmungsversprechen der Moderne bislang verwehrten. Die feministische Demokratiekritik – siehe hierzu die Beiträge von *Birgit Sauer* und *Stefanie Wöhl* – zeigt, weshalb ohne diese Transformationen Demokratie auch heute noch ein androzentrisches Konzept ist.

Lorenz Glatz kritisiert jedoch diese Argumentation. Das Ausspielen des Ideals gegenüber einer schlechten Wirklichkeit der Demokratie sei Ideologie. Demokratie sei »die Einbeziehung des ganzen Volks als eines

von Politik und Ökonomie durchorganisierten Haufens in Organisation, Betrieb und Leitung der Staaten und der Wirtschaft« und sei deshalb untrennbar mit Konkurrenz verbunden. Die Suche nach einer neuen Form der Gestaltung und Mitwirkung könne nur zusammen mit der Überwindung der existierenden sozioökonomischen Formen – Demokratie inbegriffen – gelingen.

Ganz anders argumentieren demgegenüber die Autoren *Roland Herzog*, *Beat Ringger* und *Pascal Zwicky*, die trotz der mit Klassenherrschaft verbundenen Geschichte der Demokratie an deren subversivem Potenzial festhalten wollen. Es zeige sich heute gar immer mehr, wie eine umfassend verstandene Demokratie in einen unversöhnlichen Widerspruch zur Kapitalverwertung gerate und auf eine Überwindung des Kapitalismus dränge.

All diese Widersprüche und Fragen, die sich in den unterschiedlichen Beiträgen und auch den unterschiedlichen Begriffsbildungen widerspiegeln, zeigen, dass die Themen Gemeinwesen, öffentliche Angelegenheiten, Demokratie gerade aufgrund der komplexen sozioökonomischen Umbrüche unserer Zeit neu und kontrovers begutachtet werden müssen. Dieser Sammelband ist in diesem Sinne einmal mehr als Beitrag zu einem Verständigungsprozess zu verstehen. Das Denknetz hat deshalb über diesen Jahrbuch-Schwerpunkt hinaus die Frage der Demokratie auf die Agenda gesetzt und im Sommer 2015 einen Demokratiezyklus mit Diskussionsbeiträgen, Workshops und Tagungen begonnen. Mehr dazu unter www.denknetz.ch

Beiträge ausserhalb des Schwerpunktes runden das elfte Denknetz-Jahrbuch ab. Wir danken an dieser Stelle dem Verlag edition 8 für die gute Zusammenarbeit, insbesondere der Lektorin Jeannine Horni und dem Geschäftsführer Heinz Scheidegger. Eine Publikation wie die vorliegende ist immer auch Resultat unterschiedlichster Arbeitsprozesse, und allzu oft geraten einzelne Schritte aus dem Blick. So blieb im vergangenen Jahr die Übersetzung des grundlegenden Aufsatzes von Susan Donath – Die andere Wirtschaft – ungewürdigt, weshalb wir hiermit Ina Müller, der Übersetzerin, nachträglich unseren herzlichen Dank aussprechen möchten. Und last not least sei auch diesmal allen Autoren und Autorinnen gedankt, die ihre Texte unentgeltlich zur Verfügung stellen und damit einen engagierten Beitrag zu einer kritischen Öffentlichkeit beisteuern.